

aus Weissrussland und aus Kirgisien zu uns ein. Dabei ergaben sich erhebliche politische Schwierigkeiten. Die aserbaidzschische Wahlbeobachtungsdelegation kam aus politischen Gründen schon gar nicht, obwohl wir alles bereits vorbereitet hatten. Die weissrussische Delegation war total gespalten: Es waren zwei Vertreter des Regimes und zwei Oppositionsvertreter eingeladen. Die Oppositionsvertreter hatten nach der Beobachtungsmission in der Schweiz mit erheblichen politischen Schwierigkeiten zu rechnen. Die Regierungsvertreter – so ging es zumindest aus den Gesprächen hervor – waren vor allem daran interessiert, wie man Auszählprozesse für die eigenen Interessen auswerten kann. Also gibt es hier politische Schwierigkeiten, weil wir auf die Delegationen, die wir einladen, auch nicht in allen Teilen entsprechend Einfluss nehmen können. Es ist mir ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass dies nicht zuletzt aus diesen politischen Gründen der Fall wäre, wenn wir hier ein wenig zurückhaltend sind.

Bis jetzt haben wir keine Begehren zurückweisen müssen – im Gegenteil: Wir wären bereit, auch in Zukunft solche Missionen bei uns zu empfangen, sofern uns die OSZE entsprechende Begehren stellen würde.

02.432

Parlamentarische Initiative Fraktion der Schweizerischen Volkspartei.

Wahrung des Bankkündengeheimnisses

Initiative parlementaire groupe de l'Union démocratique du Centre.

Maintien du secret bancaire

Abschreibung – Classement

Einreichungsdatum 17.06.02

Date de dépôt 17.06.02

Bericht WAK-NR 18.11.02

Rapport CER-CN 18.11.02

Nationalrat/Conseil national 13.03.03 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 15.09.03 (Ordnungsantrag – Motion d'ordre)

Nationalrat/Conseil national 02.12.03 (Erste Phase – Première étape)

Bericht WAK-NR 10.01.06

Rapport CER-CN 10.01.06

Nationalrat/Conseil national 09.05.06 (Abschreibung – Classement)

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Wir behandeln die Geschäfte 02.432, 02.311, 02.312, 02.315 und 03.311 zum Thema Wahrung des Bankkündengeheimnisses gemeinsam.

Die ebenfalls traktandierte Motion 06.3005 können wir heute nicht beraten, da die Stellungnahme des Bundesrates noch nicht vorliegt.

Antrag der Mehrheit

Abschreiben der Initiative

Antrag der Minderheit

(Kaufmann, Baader Caspar, Miesch, Rime, Schibli, Walter Hansjörg, Wandfluh)

Die Frist verlängern

Proposition de la majorité

Classer l'initiative

Proposition de la minorité

(Kaufmann, Baader Caspar, Miesch, Rime, Schibli, Walter Hansjörg, Wandfluh)

Prolonger le délai

Gysin Remo (S, BS), für die Kommission: Zur Diskussion stehen die parlamentarische Initiative 02.432 der SVP-Fraktion und vier Standesinitiativen der Kantone Aargau, Tessin, Genf und Basel-Landschaft, alle mit dem gleichen Inhalt. Alle Initiativen verlangen eine Ergänzung der Bundesverfassung, von Artikel 13, und zwar mit dem Satz: «Das Bankgeheimnis ist gewährleistet.»

Das Parlament hat der am 17. Juni 2002 eingereichten parlamentarischen Initiative vor zwei Jahren Folge gegeben. Die WAK beantragt Ihnen nun mit 16 zu 7 Stimmen, diese parlamentarische Initiative abzuschreiben, und mit 13 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung, den vier Standesinitiativen keine Folge zu geben.

Es war in der WAK allen klar, dass der Bankenplatz Schweiz von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung ist. Die Überlegungen und Argumente, die zum Beschluss der WAK geführt haben, widerspiegeln aber recht unterschiedliche Grundhaltungen und Einschätzungen zur Bedeutung des Bankgeheimnisses. Sie führten jedoch mehrheitlich zur gleichen Schlussfolgerung, nämlich zur Ansicht, dass das Bankgeheimnis nicht explizit in die Bundesverfassung gehört.

Die erwähnten Gründe lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Es gibt juristische Gründe. Der Schutz des Bankgeheimnisses ist in der vorgeschlagenen Form weder verfassungswürdig noch notwendig, da in der Bundesverfassung, in Artikel 13, der Schutz der Privatsphäre bereits gewährleistet ist. Eine Differenzierung auf Verfassungsebene müsste dann schliesslich einer Aufzählung gleichkommen, in der auch das Arztgeheimnis und das Anwaltsgeheimnis einzuschliessen wären.

Eine zusätzliche, explizite Verankerung des Bankgeheimnisses würde am gesetzlichen Teil des Bankgeheimnisses nichts ändern. Artikel 36 der Bundesverfassung gestattet nämlich die Einschränkung von Grundrechten im öffentlichen Interesse oder zum Schutze von Grundrechten Dritter. Sowohl die Diskussion um das Bankgeheimnis als auch der schweizerische Druck, z. B. von der EU, von der OECD oder auch von den USA, liessen sich nicht stoppen; sie beziehen sich so oder so auf die gesetzliche Ebene.

Auf dieser gesetzlichen Ebene ist das Bankgeheimnis jedoch bereits mehrfach abgesichert. Seine Verletzung wird nach Artikel 47 des Bankengesetzes mit einer Gefängnisstrafe bedroht und wird von Amtes wegen verfolgt. Zivilrechtlich wird es durch das Auftragsrecht und das Persönlichkeitsrecht flankiert. Das steuerliche Bankgeheimnis ist durch die schweizerische Steuerverfahrensgesetzgebung, durch das Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen, auch durch bilaterale Verträge und durch die Doppelbesteuerungsabkommen rechtlich – und das ist mein persönlicher Blickwinkel – in übertriebener Weise mehrfach abgesichert.

2. Es gibt grundsätzliche politische Überlegungen. Mehrere WAK-Mitglieder lehnen die Vorlagen zusätzlich aus folgenden Gründen ab: Der Kernpunkt und politische Streitpunkt beim Bankgeheimnis dreht sich nämlich nicht um den Persönlichkeitsschutz, der ist allseits anerkannt, sondern um den Schutz der Steuerhinterziehung. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass das Bankgeheimnis 1934 zum Schutz der Menschenrechte eingeführt worden ist, nachdem Nazi-Agenten in der Schweiz nach jüdischen Fluchtgeldern geforscht hatten. Heute ist in der Diskussion dann aber geltend gemacht worden, dass das Bankgeheimnis durch die nur in der Schweiz übliche Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug und das gleichzeitige Pochen auf die doppelte Strafbarkeit zu einem Instrument der Steuerhinterziehung gemacht wurde. Das Bankgeheimnis sei so zum Steuerfluchtgeheimnis geworden. Die Gepesteten sind unsere internationalen Partner- und auch Nachbarstaaten. Das bringt die Schweiz und unseren Bankenplatz in ethische Konflikte und in Verruf.

3. Es gibt eine weitere Gruppe von Überlegungen, die mehr taktischer bzw. opportunistischer Art sind, die auch zur Ablehnung der Vorlagen führten. Die Ablehnung der Vorstösse

sei heute gerechtfertigt, so meinten mehrere WAK-Votanten, weil sie ihren taktischen Zweck im Zusammenhang mit den Bilateralen II mit der EU erfüllt hätten.

Verschiedene Bankenvertreter – darunter übrigens auch Pierre Mirabaud, der Präsident der Bankiervereinigung – wollen das Bankgeheimnis auch darum nicht in der Bundesverfassung, weil sie die Diskussion um das Bankgeheimnis scheuen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass auch die «Neue Zürcher Zeitung» schon früh vor «einem aufwendigen Abstimmungskampf mit nicht zu vermeidender Negativwerbung auf dem Bankenplatz Schweiz» gewarnt hat. Dieses Argument wäre allerdings für einige Mitglieder dieses Rates eher wieder ein Votum für eine Zustimmung.

Wie dem auch sei, die WAK ist, wie gesagt, von diesem Argumentationsbündel aus unterschiedlichen Blickwinkeln zur einhelligen Meinung gekommen, dass die parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion abzuschreiben und den verschiedenen Standesinitiativen keine Folge zu geben sei.

Ich bitte Sie, diesen Anträgen zu folgen.

Favre Charles (RL, VD), pour la commission: Le 2 décembre 2003, notre conseil avait décidé de donner suite à cette initiative parlementaire du groupe UDC, demandant l'inscription dans la Constitution de la garantie du secret bancaire. Il s'agissait de modifier l'article 13 de la Constitution, d'y introduire un alinéa 3 disant: «Le secret bancaire est garanti.» Nous avons accepté de donner suite à cette proposition, par 113 voix contre 69 et 3 abstentions.

Quels étaient les arguments évoqués alors? Il s'agissait de deux types d'arguments: un argument de fond et des arguments contextuels. L'argument de fond – je crois que tout le monde le connaît –, c'est le respect de la sphère privée qui est, bien entendu, un des fondements de tout Etat démocratique. C'est pour ceci que nos collègues voulaient inscrire cette garantie du secret bancaire à l'article 13, article faisant partie du chapitre premier de la Constitution, celui des droits fondamentaux. L'article 13 traite justement de la protection de la sphère privée. S'il y a respect de la sphère privée, il doit y avoir corollairement une législation comme la nôtre, moderne, reconnue, pour lutter contre le blanchiment d'argent, contre la fraude fiscale et les actes criminels, ainsi que notre volonté de collaborer dans la lutte contre ces différents actes criminels. C'est donc là notre conception du secret bancaire, à savoir d'un côté le respect de l'individu, et de l'autre, la lutte contre le crime. C'est à ce prix-là que nous pouvons avoir une crédibilité de notre système bancaire et je crois que c'est ceci qui est soutenu par la population.

Quant aux éléments contextuels qui ont concouru à notre décision de décembre 2003, je crois qu'il est absolument nécessaire de les rappeler car ils étaient particulièrement importants et ont joué un rôle déterminant dans la prise de décision de notre conseil. A savoir, c'était la période des négociations avec l'Union européenne sur Schengen/Dublin et en particulier sur la fiscalité de l'épargne, et la Suisse proposait le prélèvement à la source, ceci pour éviter un échange systématique d'informations. C'était la volonté du Parlement que de soutenir cette politique du Conseil fédéral dans le cadre des négociations, de soutenir ce concept de secret bancaire dont j'ai parlé tout à l'heure, et nous ne voulions pas laisser croire que le Parlement, en refusant de donner suite à cette initiative, était opposé au principe même du secret bancaire.

Ce sont donc des éléments de fond, plus les circonstances qui ont mené, me semble-t-il, à cette acceptation de l'initiative parlementaire du groupe UDC en 2003. Et j'avais déjà eu l'occasion de dire, en tant que rapporteur, qu'il y avait quelques doutes quant à la nécessité, pour protéger le secret bancaire, de l'inscrire dans la Constitution.

Alors, quelle est la situation aujourd'hui? Je ne vais pas revenir sur les éléments de fond parce que je crois que ceux-ci n'ont pas changé. Le secret bancaire, dans son principe, a ses partisans et ses adversaires, et en commission, sur le fond, les positions n'ont pas changé. Par contre, les éléments de contexte, eux, ont fondamentalement changé: puisque ces négociations avec l'Union européenne, comme

vous le savez, ont abouti, le principe proposé par la Suisse, à savoir l'imposition à la source sans échange systématique d'informations, a été accepté, de même que le principe de la double incrimination. Ainsi, pour la première fois dans un accord international, nous avons l'inscription de cette notion de secret bancaire. De plus, le peuple a voté sur les accords bilatéraux II, notamment sur celui sur la fiscalité de l'épargne. Donc, on peut dire qu'aujourd'hui, suite à tout ceci, le secret bancaire est protégé – je dirai même plus protégé qu'antérieurement.

C'est la raison pour laquelle, pour la majorité de la commission, le contexte ayant totalement changé, il n'est pas nécessaire d'aller plus loin et d'inscrire le secret bancaire dans la Constitution. Premièrement, le secret bancaire, aujourd'hui, est inscrit dans la loi sur les banques. C'est donc un secret de type professionnel comme il y en a d'autres. Il n'est pas absolu puisqu'il peut être levé pour les actes criminels, et en particulier les actes terroristes.

Deuxième argument: est-ce que, véritablement, cela changerait en pratique quelque chose que d'inscrire le secret bancaire dans la Constitution? Je crois qu'honnêtement, nous pouvons dire que, pour la gestion des affaires bancaires du quotidien, cette inscription ne changerait strictement rien.

Troisième argument: vouloir absolument inscrire aujourd'hui le secret bancaire dans la Constitution serait un signal politique bien inutile – je dirai même, pire, qui pourrait être pris comme un signe d'agressivité vis-à-vis de nos partenaires.

Ce sont les raisons pour lesquelles la commission vous propose, par 16 voix contre 7 et sans abstentions, de classer l'initiative parlementaire du groupe UDC. Comme les diverses initiatives cantonales – Argovie, Tessin, Genève et Bâle-Campagne – vont dans la même direction, la commission propose également de ne pas leur donner suite, par 13 voix contre 8 et 1 abstention.

Une minorité Kaufmann propose quant à elle de prolonger le délai de traitement de l'initiative parlementaire du groupe UDC, et une autre minorité Kaufmann propose de donner suite aux initiatives cantonales. Ces minorités proposent cela compte tenu des arguments de fond que j'ai évoqués tout à l'heure, notamment du fait que les pressions sur le secret bancaire existent et viennent de l'extérieur. Ce n'est toutefois pas l'avis de la majorité de la commission.

Je vous demande donc, avec la majorité de la commission, de bien vouloir classer l'initiative parlementaire du groupe UDC et de ne pas donner suite aux diverses initiatives cantonales.

Kaufmann Hans (V, ZH): Sie haben der parlamentarischen Initiative unserer Fraktion in der ersten Phase am 2. Dezember 2003 Folge gegeben. Wir haben es seither verpasst, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Nun steht heute der Entscheid an, die Frist dafür zu verlängern oder die Vorlage abzuschreiben.

Ich beantrage Ihnen, die Frist zu verlängern. Ihre WAK hat die Meinung geändert, und sie steht heute nicht mehr hinter unserer Initiative, im Gegensatz zur SVP, die nach wie vor uneingeschränkt voll hinter dem schweizerischen Bankgeheimnis steht und auch weiterhin davon überzeugt ist, dass eine Verankerung in der Verfassung zweckmässig wäre.

Es trifft zwar durchaus zu, dass auch die SVP mit diesem Vorstoss unserem Bundesrat bei den Verhandlungen über die Bilateralen II den Rücken stärken wollte, denn es war zu befürchten, dass unser Bankgeheimnis im Zusammenhang mit Schengen/Dublin oder dem Betrugsdossier aufgeweicht würde. Wir sind aber auch der Meinung, dass nach Abschluss der Bilateralen II unser Bankgeheimnis nach wie vor unter Druck steht. Die Einmischung der EU in die inner-schweizerischen Steuerangelegenheiten – ich meine hier die Steuerhoheit der Kantone – zeigt, wie wenig Respekt die EU bezüglich unserer Souveränität in persönlichen Finanz- und Steuerangelegenheiten hat. Auch wenn unser Bundesrat diese Einmischung verbal nicht akzeptiert, dann stelle ich doch fest, dass die Haltung zu wenig konsequent vertreten

wird, beispielsweise mit einer Sistierung der Zahlstellensteuer.

Unser Bankgeheimnis schützt ja weder Kriminelle noch Terroristen, noch zweifelhafte Potentatengelder, noch Steuerbetrug. Andererseits gibt es in unserer Welt immer noch Verfolgte aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen; noch immer gibt es Schurkenstaaten, die mit Hyperinflation und Abwertungen private Vermögen vernichten, und noch immer gibt es Diktaturen, die aus ihrer Bevölkerung Steuergelder herausquetschen, um ihre Macht zu erhalten und Kriege zu führen. Wir sind der Meinung, dass es nach wie vor viele Menschen gibt, die eine Zuflucht benötigen, und deshalb muss unser Bankkündengeheimnis gestärkt und nicht geschwächt werden.

Wenn es der EU tatsächlich um die Bekämpfung von Steuerhinterziehung ginge, dann könnte sie dies ja mit der Einführung einer EU-weiten Quellenbesteuerung in Höhe der rekordhohen Schweizer Sätze tun.

Aber sie tut es nicht, denn es geht ihr eben auch darum, unseren erfolgreichen Finanzplatz zugunsten ihrer eigenen Finanzzentren zu schädigen. Wenn es der EU tatsächlich um das Aufspüren von zweifelhaften und kriminellen Geldern oder von Potentatengeldern gehen würde, hätte sie all die Banken, über die solche Gelder nachweislich in die Schweiz gekommen sind, ja längst verfolgen können. Aber was ist passiert? Nichts. Unsere Banken, die solche Gelder aufspüren, werden an den Pranger gestellt, während all die englischen, französischen und deutschen Banken, über die diese Gelder in die Schweiz gekommen sind, bis jetzt ungeschoren davongekommen sind. Ich kann hier auch unserem Bundesrat eine gewisse Rüge wegen seiner Tatenlosigkeit nicht ersparen. Wir halten deshalb an unserer parlamentarischen Initiative fest. Ich beantrage Ihnen, die Frist zu verlängern, damit wir in der WAK eine entsprechende Vorlage ausarbeiten können.

Ich spreche aus Zeitgründen auch gleich zu den vier Standesinitiativen zum Bankgeheimnis. Wir beantragen Ihnen, auch den Initiativen der Kantone Aargau, Genf, Tessin und Basel-Landschaft Folge zu geben, wie es am 3. Dezember 2003 auch der Ständerat getan hat. Immerhin handelt es sich hier nicht um Vorstösse einer einzelnen Partei, sondern um Mehrheitsbeschlüsse kantonaler Parlamente. Ich erwarte es als eine Geringschätzung dieser Parlamente, wenn wir erst unsere Arbeit nicht erledigen und dieses Nichtstun dann noch als Vorwand dafür nehmen, diese Vorstösse abzuschreiben. Die Begründung dafür, dass die SVP nach wie vor uneingeschränkt hinter dem Bankgeheimnis steht, habe ich Ihnen ja schon vorher dargelegt. Ich verzichte auf eine Wiederholung.

Ich empfehle Ihnen, den vier Standesinitiativen Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 112 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 43 Stimmen

02.311

Standesinitiative Aargau. Bankgeheimnis

Initiative cantonale Argovie. Secret bancaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Einreichungsdatum 24.09.02
Date de dépôt 24.09.02

Bericht WAK-SR 23.10.03
Rapport CER-CE 23.10.03

Ständerat/Conseil des Etats 03.12.03 (Erstrat – Premier Conseil)

Bericht WAK-NR 10.01.06
Rapport CER-CN 10.01.06

Nationalrat/Conseil national 09.05.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

02.312

Standesinitiative Tessin. Bankgeheimnis

Initiative cantonale Tessin. Secret bancaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Einreichungsdatum 17.10.02
Date de dépôt 17.10.02

Bericht WAK-SR 23.10.03
Rapport CER-CE 23.10.03

Ständerat/Conseil des Etats 03.12.03 (Erstrat – Premier Conseil)

Bericht WAK-NR 10.01.06
Rapport CER-CN 10.01.06

Nationalrat/Conseil national 09.05.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

02.315

Standesinitiative Genf. Bankgeheimnis

Initiative cantonale Genève. Secret bancaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Einreichungsdatum 19.11.02
Date de dépôt 19.11.02

Bericht WAK-SR 23.10.03
Rapport CER-CE 23.10.03

Ständerat/Conseil des Etats 03.12.03 (Erstrat – Premier Conseil)

Bericht WAK-NR 10.01.06
Rapport CER-CN 10.01.06

Nationalrat/Conseil national 09.05.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

03.311

Standesinitiative Basel-Landschaft. Bankgeheimnis

Initiative cantonale Bâle-Campagne. Secret bancaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Einreichungsdatum 19.06.03
Date de dépôt 19.06.03

Bericht WAK-SR 23.10.03
Rapport CER-CE 23.10.03

Ständerat/Conseil des Etats 03.12.03 (Erstrat – Premier Conseil)

Bericht WAK-NR 10.01.06
Rapport CER-CN 10.01.06

Nationalrat/Conseil national 09.05.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Antrag der Mehrheit

Den Initiativen keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Kaufmann, Baader Caspar, Miesch, Rime, Schibli, Wandfluh)

Den Initiativen Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite aux initiatives

Proposition de la minorité

(Kaufmann, Baader Caspar, Miesch, Rime, Schibli, Wandfluh)

Donner suite aux initiatives

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Die Diskussion über die vier Standesinitiativen wurde soeben bei der Behandlung der parlamentarischen Initiative 02.432 geführt.

Abstimmung – Vote

Für Folgegebe 48 Stimmen

Dagegen 114 Stimmen

04.450

**Parlamentarische Initiative
Hegetschweiler Rolf.
Ersatzbeschaffung
von Wohneigentum.
Förderung der beruflichen Mobilität
Initiative parlementaire
Hegetschweiler Rolf.
Acquisition d'un nouveau logement.
Encourager
la mobilité professionnelle**

Vorprüfung – Examen préalable

Einreichungsdatum 18.06.04

Date de dépôt 18.06.04

Bericht WAK-NR 10.01.06

Rapport CER-CN 10.01.06

Nationalrat/Conseil national 09.05.06 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative Folge geben

Antrag der Minderheit

(Fässler, Berberat, Genner, Gysin Remo, Kiener Nellen, Leutenegger Oberholzer, Recordon, Rennwald)

Der Initiative keine Folge geben

Proposition de la majorité

Donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Fässler, Berberat, Genner, Gysin Remo, Kiener Nellen, Leutenegger Oberholzer, Recordon, Rennwald)

Ne pas donner suite à l'initiative

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Wir befinden uns bei dieser parlamentarischen Initiative in der ersten Phase, bei der Vorprüfung, und nicht, wie auf der Tagesordnung aufgeführt, in der zweiten Phase.

Gysin Hans Rudolf (RL, BL), für die Kommission: Im Zeitalter der Globalisierung wird von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine immer grössere berufliche Mobilität verlangt. Betroffen sind nicht nur Arbeitskräfte, die ins Ausland entsandt werden; immer mehr Schweizerinnen und Schweizer finden einen neuen Arbeitsplatz ausserhalb ihrer eigenen Kantonsgrenzen. Häufig zieht ein beruflich bedingter Umzug den oft dann kurzfristigen Verkauf der bisher selbst genutzten Liegenschaft, der bisher selbst genutzten Wohnung nach sich, verbunden mit dem Erwerb einer Ersatzliegenschaft, einer Ersatzwohnung am neuen Arbeitsort. Um die berufliche Mobilität zu fördern, hat der Gesetzgeber den Aufschub der Bezahlung der Grundstück-Gewinnsteuer in Artikel 12 des Steuerharmonisierungsgesetzes ausdrücklich verankert. Sinn und Zweck dieser Regelung ist es, dem verfassungsmässigen Auftrag der Wohneigentumsförderung nachzukommen. Es galt daher, eine vernünftige Regelung zu finden, welche die Ersatzbeschaffung von Wohneigentum am neuen Ort nicht durch eine überzogene

Besteuerung massiv erschweren oder gar unmöglich machen würde.

Die Mehrheit der Kommission plädiert daher bei der Ersatzbeschaffung von selbst genutztem Wohneigentum für die Anwendung der relativen Methode. Bei der sogenannten relativen Methode wird für den Aufschub der Grundstückgewinnsteuer bei einer teilweisen Reinvestition des Veräusserungserlöses auf das Verhältnis zwischen dem Veräusserungserlös der alten Liegenschaft und dem Erwerbspreis des Ersatzobjektes abgestellt.

Mittlerweile ist durch ein Urteil des Bundesgerichtes vom 2. März 2004 eine Praxisänderung erfolgt, die besagt, dass für die Auslegung von Artikel 12 Absatz 3 Buchstabe e des Steuerharmonisierungsgesetzes die sogenannte absolute Methode anzuwenden sei. Ein Steueraufschub wird dabei nur noch für denjenigen Teil des Gewinns gewährt, der nach Wiederverwendung der Anlagekosten des veräusserten Objekts zusätzlich in den Erwerb des Ersatzobjekts investiert wird. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass die Steuererleichterung bei Ersatzbeschaffung gemäss diesem Urteil also nur noch für jene Wohneigentümerinnen und -eigentümer gelten soll, die eine Ersatzliegenschaft erwerben, die teurer ist als die Anlagekosten des bisherigen Wohneigentums. Somit ergibt sich hier im Vergleich zur relativen Methode eine klare Schlechterstellung der Hauseigentümer. Auch wird damit dem erklärten Ziel entgegengewirkt, dass ältere und alleinstehende Personen in kleinere Haushalte umziehen und ihr bisheriges Wohneigentum jungen Familien zur Verfügung stellen. Die Anwendung der absoluten Methode durch das Bundesgericht verstösst damit gegen den Grundgedanken der Wohneigentumsförderung.

Die Anwendung der relativen Methode, wie sie die Mehrheit der WAK vorzieht, ist deshalb zu bevorzugen. Genau hier hat der Initiant mit seiner parlamentarischen Initiative angesetzt. Die WAK des Nationalrates hat sich für Folgegeben ausgesprochen. Die WAK des Ständerates hat sich mit knapper Mehrheit dagegen ausgesprochen. Deshalb müssen wir heute nochmals darüber befinden.

Zum Schluss noch: Die Minderheit der Kommission möchte an der absoluten Methode festhalten, wie sie das Bundesgericht formuliert hat, wonach die Steuern im Zeitpunkt der Gewinnerzielung zu bezahlen sind.

Ich bitte Sie, der Mehrheit der WAK zu folgen, die mit einem Stimmenverhältnis von 14 zu 8 beschlossen hat, an ihrer ursprünglichen Fassung festzuhalten und der Initiative ein weiteres Mal Folge zu geben.

Rime Jean-François (V, FR), pour la commission: Lors de sa séance du 10 janvier 2006, la Commission de l'économie et des redevances a étudié l'initiative parlementaire Hegetschweiler concernant l'acquisition d'un nouveau logement pour encourager la mobilité professionnelle. Ce dossier avait déjà été traité en séance du 9 mai 2005, et la commission a par deux fois décidé de donner suite à cette initiative parlementaire, par 14 voix contre 8. Ce dossier avait été transmis à la Commission de l'économie et des redevances du Conseil des Etats, qui a décidé, par une faible majorité de 5 voix contre 4, de ne pas y donner suite.

Votre commission soutient la requête de l'auteur, soit une harmonisation des impôts directs des cantons et des communes en cas d'acquisition d'un nouveau logement. Elle approuve en particulier l'application de la méthode relative pour le report de l'imposition des gains immobiliers dans le cadre de l'acquisition d'un logement de remplacement. Cette méthode consiste à différer l'imposition des gains immobiliers en cas de réutilisation partielle du produit de l'aliénation de l'ancien logement et se fonde sur le rapport entre ce produit et le prix d'acquisition du logement de remplacement. Selon la législation actuelle, l'allègement fiscal pour l'acquisition d'un nouvel immeuble ne s'applique qu'aux propriétaires qui acquièrent une habitation d'un prix plus élevé que celui qu'ils ont payé pour leur ancien logement.

La majorité de la commission reconnaît à l'initiative une valeur de soutien à la mobilité des travailleurs, surtout parce que les différents marchés du logement ou les différentes si-